

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 178, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Volkswacht

Anzeigengebühren betragen für die erste Spalte 20 Pfennige, für die zweite 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 198.

Donnerstag, den 25. August 1898.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Die neuen Militärforderungen.

Ein neuer, gewaltiger Aberlaß steht den deutschen Steuerzahlern in sicherer Aussicht. 1899 läuft bekanntlich das Quinquennat — die fünfjährige Periode — für die Friedenspräsenzstärke des Heeres ab, die 1893 bewilligt worden ist (von 486,983 Mann im Jahre 1890 auf 557,093 Mann) und schon ist es zweifellos, daß eine nicht geringe Verstärkung der Armee für die nächsten Jahre geplant ist. Die Mittheilungen der „Nationalzeitung“ sind bisher von keiner Seite widerrufen worden, sie sind eben ungewißhaft richtig, insbesondere auch, soweit sie sich auf die Bildung der dritten Bataillone bei den neuen Infanterieregimentern beziehen. Die Vorgesetzte dieser Forderung ist sehr inter. Bekanntlich ist 1893 für jedes Infanterie-Regiment ein Halb-Bataillon von 2 Compagnien neu gebildet worden unter dem Vorbehalt, daß dadurch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit erleichtert werde. Das Halb-Bataillon sollte gewisse Ausbildungsarten von Mannschaften zu Specialzwecken übernehmen, auch zum größten Theil die Abcommandirungen besorgen und dergl. Der jetzige Kriegsminister und damalige Director des Kriegsdepartements von Gofler soll die Idee zur Bildung dieser Halb-Bataillone angegeben haben. Sie wurden deshalb Gofler-Bataillone genannt.

Schon 1896 erkannte man diese Halb-Bataillone als eine verfehlte Einrichtung. Alle Obliegenheiten der Truppenheile wurden wieder auf die Infanterie gleichmäßig übertragen, indem die 173 Halb-Bataillone zu 86 Voll-Bataillonen zusammengezogen und aus 86 Voll-Bataillonen à 500 Mann 43 neue Infanterie-Regimenter zu je zwei Bataillonen gebildet wurden. Diese Maßnahme hatte an sich eine Erhöhung des Friedenspräsenzstandes nicht zur Folge. Mehrfach aber wurde im Reichstag die Befürchtung laut, daß die Bildung dieser 43 neuen Infanterie-Regimenter weitere Heeresverfärfkungen nach sich ziehen würde. Es fiel die Aeußerung, daß die Regimenter von nur zwei Bataillonen bestehen würden nach ihrem dritten Bataillon.

In jeder Weise suchte der damalige Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf diese Besorgnisse zu beschwichtigen. In der Budgetcommission führte der Kriegsminister am 3. Juni 1896 aus:

„Um den jetzt geplanten Regimentern zu zwei Bataillonen noch ein drittes zu geben, dazu fehlen uns zur Zeit in erster Linie die Menschen, in zweiter Linie fehlt auch das Geld. Uebrigens aber wird künftig bei der gestreuten Zeitweise eher eine Verkleinerung der Verbände — also überhaupt Regimenter zu 2 Bataillonen — in Frage kommen als eine Vergrößerung. Wir haben ja früher sowohl in Preußen als in anderen Bundesstaaten Jahrzehnte hindurch Regimenter zu zwei Bataillonen gehabt. Weitere Brigaden und neue Divisionen zu schaffen, liegt nicht in der Absicht.“

Durch diese bestimmte Erklärung ließ sich die Centrumspartei bestimmen, der neuen Organisation, welche im Extraordinarium mit großen Mehrkosten für neue Kasernen verbunden war, zuzustimmen. Auch für die Nationalliberalen meinte Abg. Baffermann, es sei nicht anzunehmen, daß für diese neuen Regimenter in absehbarer Zeit neue Bataillone mehr verlangt werden.

Der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf erhielt drei Monate darauf den jetzigen Kriegsminister v. Gofler zum Nachfolger. Aber auch Herr v. Gofler verwahrte sich noch am 14. December 1897, also vor etwa 8 Monaten,

auf das Bestimmteste gegen die Absicht einer Vermehrung der Infanteriebataillone. Der Kriegsminister erklärte damals nach dem stenographischen Bericht:

„Es ist mir die Befürchtung entgegengetreten, es läge in der Absicht, die Zahl der Infanteriebataillone wesentlich zu vermehren. Nun, die theilweise Neuorganisation der Infanterie hat erst in diesem Jahre stattgefunden. Es liegen daher ausreichende Erfahrungen in dieser Hinsicht noch gar nicht vor, und glaube ich nicht, daß man sich zu einer Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone entscheiden wird.“

Also vor den Reichstagswahlen und vor der Annahme des Flottengesetzes. Jetzt, nachdem das Flottengesetz in den Häfen gebracht ist und die Reichstagswahlen vorüber sind, lautet die Parole gerade entgegengekehrt. Nun sollen auf einmal die „ausreichenden Erfahrungen“ vorliegen und im Gegensatz zur damaligen Erklärung und zur Erklärung des Kriegsministers von 1896, daß überhaupt Regimenter von zwei Bataillonen leichter zu führen seien als solche von drei Bataillonen, eine Nothwendigkeit vorliegen zu einer Heeresverfärfkung in so großem Umfange.

43 neue Bataillone bedingen, wie die „Freie Zeitung“ ausführt, eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, ganz abgesehen von den Offizieren, um 22,500 Mann. Die Mehrkosten hieraus wird man für das Ordinarium auf mindestens 14 Millionen Mark zu berechnen haben. Dazu kommen einmalige Ausgaben von mindestens 20 Millionen Mark, da natürlich für die neuen Bataillone alle Kasernen und sonstigen Unterkunftsräume, Schießplätze, Exercirplätze u. dergl. fehlen. Nirgends sind auch in den Nachbarstaaten seit 1896 oder seit 1893 Aenderungen wahrnehmbar, welche eine solche abermalige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke rechtfertigen könnten.

Abgesehen von diesen neuen Bataillonen ist auch die Bildung eines neuen Armeecorpsstabes angekündigt. Von anderer Seite ist auch die Absicht verlautbart, eine Vermehrung der Fußartillerie, der Eisenbahntrouppen, die Bildung besonderer Telegraphenbataillone vorzunehmen, die Escadrons der Melde-reiter und die Bepannungsabtheilungen bei der Fußartillerie zu vermehren. Von Alledem hat der Kriegsminister am 14. December 1897 nicht gesprochen. Er beschränkte sich darauf, „das dringende Bedürfnis einer Neuorganisation der Feldartillerie“ zu betonen. Wie diese Neuorganisation gedacht ist, und ob es sich dabei nur um eine andere Eintheilung der Abtheilungen, eine Vermehrung der Stäbe oder auch um eine Vermehrung der Bepannung und der dazu gehörigen Mannschaften handelt, läßt sich noch nicht klar erkennen.

Zu derselben Zeit sagte Gofler über die Erfolge der zweijährigen Dienstzeit, die ja nicht durch ein Gesetz festgelegt ist, sondern lediglich nur bis zum 1. April 1899 aufrecht erhalten zu werden braucht, in der Budgetcommission des Reichstages recht vorsichtig: „Den Verluh mit der zweijährigen Dienstzeit wird die Militärverwaltung ehrlich und loyal durchzuführen. Daß die Friedensausbildung bisher nicht gelitten hat, zeigen die Manöver, die Paraden. Abzuwarten bleibt, wie die zur Reserve und Landwehr übergetretenen Mannschaften sich verhalten werden, die in zweijähriger Dienstzeit ausgebildet sind.“

Derart mehren sich von allen Seiten die Anzeichen, daß das neue Quinquennat, welches schon mit der Durchführung des Flottengesetzes bepackt ist, nun auch durch neue große Militärlasten eine weitere Bepackung erhalten soll. Damit fällt die finanzielle Berechnung zusammen, durch die man vor der Bewilligung des Flottengesetzes zu beruhigen

suchte, indem man insbesondere die Nothwendigkeit neuer Steuern bestritt. Mit der Steigerung der Anforderungen für die Militär- und Marineverwaltung wird wieder Hand in Hand gehen eine neue Aera der Auauferei in allen Civilverwaltungen des Reiches und der Einzelstaaten.

„Es scheint“, meint die „Freie Ztg.“, „als ob die Nothwendigkeit des Reichstages gegenüber dem Flottengesetz zu der Meinung verführt hat, als ob man sich nunmehr auch auf den anderen Gebieten der Landesverteidigung in Neu-forderungen keinerlei Schranken aufzuerlegen brauche, sondern Alles, was irgendwie von einem idealen Standpunkt aus noch an der höchsten Vollkommenheit fehlt, frischweg fordern könne. Die Sache kann sich aber auch ganz anders entwickeln, wie man vielleicht jetzt in der Reichsregierung denkt. Ein großer Theil der Centrumspartei hat nur mit Unmuth sich zur Bewilligung des Flottengesetzes bestimmen lassen. In jedem Falle gehen wir, wenn jene Ankündigung zutrifft, für die Reichstagsession lebhaften Kämpfen entgegen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es im Frühjahr zur Auflösung des Reichstages und zu einem neuen heftigen Wahlkampfe kommen wird.“

Wir Socialdemocraten sehen den kommenden Dingen mit fester Entschlossenheit entgegen. Wir die Sachen liegen, sind große neue Ansprüche der Heeresverwaltung, sind wiederum schwere Auflagen für die Steuerzahler im sicheren Anzuge.

Bergeh man nicht, daß Heer und Flotte von 1872 bis 1898 rund 16,900 Millionen Mark gekostet haben, daß der Appetit des Militarismus und Marinismus beständig wächst zum Schaden der breiten Volksmasse. Neue Militärlasten, höhere oder neue Lebensmittelaufgaben, indirecte Steuern, Hölle . . .

Und derweilen rüftet sich die Junkerschaft, die Niederherin des Militarismus, zu Anschlägen auf das Wahlrecht und auf das Coalitionsrecht. Da heißt es auf dem Posten sein!

Vom Unternehmer-Terrorismus.

Obacht, Graf Potabowsky, es giebt Arbeit-willige zu schätzen, welche der Unternehmer-Terrorismus hant-los machen will. Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Braunschweiger Volksfreund“: Wir sind in der Lage, folgendes Circular zu veröffentlichen, das uns noch kurz vor Redactionschluss zuging, und welches die Casseler Bauherren an ihre Braunschweiger Collegen, vielleicht auch anderwärts hin, verjandt haben.

Cassel, 20. August 1898.

Werthe Collegen und Fachgenossen! Am 17. August haben die Bau- und Erdarbeiter in Cassel die Arbeit niedergelegt. Die Folge davon war, daß auch die Maurer- und Putzergesellen die Arbeit niederlegen mußten. Der Streik ist einer der frivolisten, die je geführt sind. Die Leute haben ohne ihr Zutun eine Lohnaufbesserung von 20 Procent erhalten, trotzdem sind sie in den Ausnahm eingetreten. Unsere dringende Bitte an Sie Alle, unsere werthen Collegen und Fachgenossen ist die, keinen Arbeiter und keinen Gesellen einzustellen, der von hier zugereist ist, bereits eingestellte Leute aber wieder zu entlassen. Gellen, Massakrische Invaliditätsmar-ken, Arbeitsbücher und Berhörd werden gewiß in den meisten Fällen zum Erkennen führen.

Werthe Collegen und Fachgenossen! Heute sind wir in der Nothlage, morgen vielleicht können Sie selbst von demselben Verhängnis betroffen werden, deshalb unterstützen Sie uns nach Kräften; wir werden Ihnen im gleichen Falle stets unsere Unterstützung angezeihen lassen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Geist der Zusammengehörigkeit, der uns von den Arbeitern in so nachahmenswerther Weise gezeugt wird, endlich auch unter den Arbeitgeberern platzgreifen möge.

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Remiowitsch-Dantschenko.

Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. K. Barlow und E. Stet. (Nachdruck verboten.)

„Dann gehe auf die Straße und werde, was Deine Mutter war!“

Alexandra Jakowlowna stand auf, auch sie zitterte am ganzen Körper. Ohne sich nach Xenia noch einmal umzusehen, ging sie in den Salon zurück, wo soeben ein Pianist eine trodene und langweilige Piece vortrug.

Doch Alexandra Jakowlowna brachte nur einige Schritte zu machen, um zu sich zu kommen. Wer sie vor einer Minute gesehen, würde glauben, er täusche sich. Ein glückliches Lächeln strahlte auf dem Gesicht der Schönen, und nur das leise Aufzucken ihrer prächtigen Schultern, die Bewegung der dünnen Ärmel und das ungleichmäßige Wogen ihrer Brust ließen die innere Aufregung der sich so vorzüglich beherrschenden Abenteuerin noch erkennen.

Sie schwatzte mir vor, daß Graf Wladimir Tarasky unbedingt hier sein werde, — wo ist er denn?“ fragte Belinski die Frau von Busch in provocirendem grobem Tone.

Gewiß, gewiß kommt er. Ansehen! Ansehen!“ Eine kleine magere Tänzerin lief, Grimassen machend, auf die Treppe zu.

„Ach, Sie wollen mich Sergej Sergejewitsch vorstellen? Wie glücklich bin ich, Monsieur Belinski! Warum kommen Sie nicht einmal in das Ballet?“

„Sag, Anna, wird der Graf kommen oder nicht?“ unterbrach sie ohne Umstände die Wirthin.

„Mein Graf? Gewiß wird er kommen! Er würde nicht wagen auszubleiben, wenn ich ihn erwarte, dazu hat er auch seine Ohren zu lieb!“

Die Tänzerin war der Meinung, sehr niedlich zu scherzen. „Mein Graf gehorcht mir in Allem!“ Sie warf einen vielfagenden Blick auf Belinski. „Gestern brachte er mir sogar in seinem eigenen Helm eine Angorakaze. Brauchen Sie den Grafen? Dann kommen Sie nur Nachmittags von 4 bis 6 zu mir, dann treffen Sie ihn bestimmt. Ach, er ist zu lieb, mein Graf, das heißt, wenn er nicht eifersüchtig ist.“

„Ach, sehen Sie! Lupus in fabula, — da kommt er, mein lieber Alter!“

Unter den Gästen entstand eine Bewegung. Der Graf trat direct von der Thür aus auf die Wirthin zu, ohne auf die Berbeugungen der Gäste zu achten.

„Endlich, Graf! Wir sehten uns schon nach Ihnen!“ rief die Tänzerin, ihm entgegenlaufend.

Der Graf lächelte. „Wie glücklich bin ich, Erlaucht, Sie bei mir begrüßen zu dürfen!“ jagte Dominika von Busch mit tiefer Verehrung.

„Gestatten Sie mir, Ihnen hier Sergej Sergejewitsch Belinski vorzustellen.“

„Viel gehört, viel von Ihnen gehört!“ sagte der Graf, dem Vorgestellten die Hand reichend, „hätte ich früher in Petersburg gelebt, wir wären längst bekannt gewesen.“

Schweigend und würdevoll verbeugte sich Belinski. Der Graf reichte ihm den Arm und ging mit ihm zur Seite. Hier schien man zu großen Ceremonien keine Zeit zu haben, Alles ging wie in einem Commissionscomptoir. Jeder traf hier, wen er brauchte.

„Run, Gott sei Lob!“ sagte Frau von Busch, ein Kreuz schlagend.

„Worüber freuen Sie sich, Dominika Stanislawowna?“ fragte Stoljeschnow.

„Es kostete mich viele Mühe, sie zusammenzubringen,“ und geheimnißvoll beugte sie sich zu Stoljeschnow hinüber.

„Sie wissen ja, die Sache Silbermanns und Subotins liegt jetzt in den Händen des Grafen. Ich bin so froh, so glücklich! — Ach ja, Joseph Kasarewitsch, der Oberst Rudschewitsch ist auch schon da!“

„Warum sagten Sie das nicht gleich? Ich suche ihn schon lange. Bitte, lassen Sie mich irgendwo mit ihm allein!“

„Gut, gut!“ Und sie führte Wintin davon. Kapitän Bubnow saß auf weichem Divan gegenüber einem alten Herrn, welchen er trotz des hohen Standes und des Wladimirordens, den der ehrwürdig Aussehende trug, ohne Weiteres duzte.

„So, Excellenz, wird es für Dich und für mich am besten sein! Wir werden so 50 bis 60 Tausend Aktien auf Deinen Namen eintragen, oder meinetwegen 100 Tausend.“

„Die Sache ist mir zu öffentlich — Wenn man es erfähre, Kapitän Samrilowitsch?“

„Wer sollte es denn erfähren? Verlaß Dich nur auf uns, wir verstehen diese Sachen! Wir brauchen Dich und Deinen Namen, und müssen Dich entschieden für unsere Sache gewinnen. Du wirst unser Vorstand und wir zahlen . . .“

„D, ich mache es auch umsonst.“

„Du lägst, Excellenz. Umsonst wärest Du es nicht thun, und offen gestanden liebe ich das auch nicht. Für eine Sache bezahlt man und ein Rath ist manchmal besser wie eine That. Das „Umsonst“ sieht bei mir in der Tasche, und habe ich bezahlt, so kann ich fordern!“

„Wozu braucht Belinski den Grafen? Der Graf ist doch ein ganz hoher Kopf!“ schweifte die Excellenz ab.

„Böhl wahr, doch in unseren Kreisen, Excellenzen, braucht man ihn oder vielmehr keinen Namen.“

„Aber der Graf hat doch nur mit Balletteusen zu thun!“ „Das verarge ihm nicht; ein Jeder hat seine Schwächen, und Du weißt ja, das Reich regiert die Welt!“

Deshalb noch die dringende Bitte, stellt keine Casseler Maurer und Arbeiter ein. Mit collegialischer Grube: Der Vorstand der Casseler Bauvereinigungen (solchen Namen). Commentar überflüssig!

Schutz vor Schulkindern.

Zur Entlassung aus dem Dienst wurde in Sachen nach dem „Politischen Tageblatt“ ein Schutzmann von der Disziplinarkammer der königl. Regierung wegen verschiedener Dienstvergehen verurteilt. Es handelt sich um den Schutzmann Sidar, der erst kürzlich von der Nachener Strafkammer von der Anklage, eine schwangere Frauensperson mißhandelt zu haben, freigesprochen worden war.

Parteitag des Centrums.

Wie schon so oft, ist auch auf dem gegenwärtig tagenden Parteitag wieder die „römische Frage“ erörtert worden. Eine diesbezügliche Motion wurde abermals angenommen; sie spricht die Ueberzeugung aus, daß die Wiederherstellung der territorialen Subverbidität des heiligen Stuhles für die Selbstständigkeit desselben und für seine volle Freiheit und Unabhängigkeit in der Regierung der Kirche eine unabwendbare Nothwendigkeit ist, und daß jede von Gott gesegnete weltliche Gewalt im weltlichen eigenen Interesse handelt und zur Wiederherstellung der erschütterten Gesellschaftsordnung mitwirkt, wenn sie die vom heiligen Stuhl deshalb erlassenen Anordnungen erfolgreich unterstützt.

Eine Resolution betreffend die confessionellen Schulen besagt: In Erwägung, daß in Folge der immer härter hervorbrechenden Wirkung der allgemeinen Freizügigkeit die Verchiebung der confessionellen Verhältnisse und in gleichem Maße das Bedürfnis nach Schaffung geordneter Seelsorge einen Umfang angenommen haben, dem der Staat zu leisten die Kräfte herbeizubereiten privaten Opferwilligkeit bei Weitem übersteigt, läßt die Generalversammlung der katholischen Deutschländer es für geboten, daß mit aller Kraft dahin gewirkt werde, die Seelsorge der Gemeinden und des Staates zur Gründung und Unterhaltung confessioneller Schulen und Seelsorgestellen in höherem Maße als bisher im Wege der Gesetzgebung zu sichern.

So werden für die Kirche, welche über immense Reichthümer verfügt, unangeregt neue Schließungen von Staat und Gemeinde verlangt, obwohl weder diese noch jene an confessionellen Schulen ein Interesse haben kann, vielmehr Beide danach streben müssen, die Schule aus der confessionellen Interferenzsphäre möglichst loszulösen. Selbstverständlich ist auch der Förderung der sozialen Frage im Sinne des Altkatholizismus ein breiter Raum gewährt. Sogar die Gewerbegerichte werden unter confessionellem Gesichtspunkte behandelt. In einer diesbezüglichen Resolution heißt es:

Die steigende Anerkennung, welche die bisherige Thätigkeit der Gewerbegerichte zur hürdlichen Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, besonders ihre Wirksamkeit als Conciliationsmittel, gefunden hat, gibt Anlaß zu dem dringenden Wunsch, daß zunächst in allen Industriezweigen Gemeindegewerkschaften errichtet werden, die die Arbeiter überall sich an den Gewerbegerichten walten durch Wahl christlicher Arbeiterbevollmächtigter, und daß die Gewerbegerichte mehr als bisher durch Abaffung von Einschieben an factische und communale Behörden wie vornehmlich auch durch die ihnen zuzubehörende Thätigkeit als Conciliationsmittel zur Beilegung oder friedlichen Beilegung von größeren Arbeitsverhältnissen wirken und sich so immer mehr als soziale Friedensstütze bewähren.

Das Einschieben wäre, man verlangte Mühe und Fleiß, daß die Gewerbegerichte und ähnliche Einrichtungen den Pflichten und den ihnen benannten Schlichten unterstellt werden. Coalitionsrecht und Arbeiterorganisationen erfahren in folgender Resolution eine dem Geiste des Altkatholizismus entsprechende Berücksichtigung.

Die 45. Generalversammlung der katholischen Deutschländer spricht der Centrumsfraction des deutschen Reichstages für die unbedingte und energische Vertretung der Interessen der Arbeiter (1.) Dank und Anerkennung aus, insbesondere für die Vertretung des freien Coalitionsrechts und für die andauernden Bemühungen zur Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, welche eine wirksame Vertretung der Standesinteressen der Arbeiter ermöglichen. Derselbe begrüßt die Bestrebungen der christlichen Arbeiter, sich im Sachverstand oder Gewerkschaften auf dem Boden der christlichen Grundzüge und gesetzlichen Ordnung, gemäß den Bestrebungen der päpstlichen Arbeiter-Encyclica, zur Behauptung ihrer berechtigten wirtschaftlichen Interessen zu vereinigen.

Die Centrumsfraction hat mehrfach keine Ursache, auf ihre Vertretung der Coalitionsfreiheit stolz zu sein. Ihr liegt in dieser Hinsicht für die Masse der nicht auf die Pflastersteine eingeworrenen Arbeiter gar nicht. Die Würde der deutschen Arbeiter hat nur ein mühseliges Sagen für den Reichstag, der Arbeiter-Organisation eine sogenannte „christliche Grundzüge“ zu geben. Es ist Speculation auf die Dummheit, die Arbeiterbewegung mit religiösen bezw. confessionellen Fragen zu bewirren.

Erminia Startalk-morua hat jetzt glückselig auf die Beiden zu.

„Gut bin ich mit Dir zufrieden, Donna!“ rief ihr Babrow entgegen, „doch ein Geschäft habe ich noch zu erledigen.“

„Und das ist?“

„Da kennst du die Helena Olga Segarowa? Sie meine ich, die kürzlich aus dem Exil zurückgekehrt?“

„Gewiß. Ich habe von ihr gehört.“

„Sie braucht jetzt sehr viel Geld und hat keines! Sie hat sich so einen unangenehmen Prinzen mitgeschleppt, aber der hat auch kein Geld. Kurz sie braucht Geld und ich brauche sie. So kann ich ja noch ein Geschäft durch sie machen... Ich will offen sein: Ich will ein Staatsverbrechen überführen, und wenn sie ein Wort sagt, dann habe ich es. Hüth dich, Donna, dann bekommst Du auch Deinen Theil.“

„Gut!“

„Donna! Staatsverbrechen heißt noch.“

„Gut, ich hab's! Deine Sache.“

„Was?“

„Sagte ich Dir nicht? Doch Du siehst mir noch sehr normal an.“

„Ich habe einen Bekannten. Er verachtet die Geschäfte der Frauen. Seine Frau hat geboren...“

„Gut, ich verstehe! Und die Helena soll die Puffen sein?“

„Ja.“

„Gut, ja, Donna, ich mag Dich küssen!“

„Und Helena Babrow küss dich auch bei Mal.“

„Gut, Donna, Du sollst Polyzinnehmer werden!“

„Sagen Sie mir, ich bin ein Bekannter, Schölgel heißt er.“

„Dann, ich bin mit Dir zufrieden!“ Er küsste sie.

Die Presse bekante oder richtiger gesagt mißhandelte im Sinne der bekannten Knebelungsversuche, wie sie seitens des Centrums bei Beratung der in Frage zu Tage getreten sind, folgende Resolution:

Die 45. Generalversammlung der katholischen Deutschländer giebt die Ueberzeugung Ausdruck, daß der immer weiter um sich greifenden Unsitlichkeit gegenüber das Reich den Gefahren, welche der Sittlichkeit durch Herstellung und Verbreitung von Druckschriften und Abbildungen, durch öffentliche Ausstellung und Anknüpfung von unästhetischen Gebrauchs bestimmten Gegenständen, durch unästhetische Anordnungen und Schaustellungen drohen, auf dem Wege der Gesetzgebung entgegenzuwirken hat und dankt der Centrumsfraction für die wiederholte Einbringung eines auf eine Verschärfung und Erweiterung der Strafbestimmungen abzielenden Gesetz-Entwurfes.

Der Katholikentag hat vergessen, ein Mittel anzugeben, wie unästhetische katholische „Diener Gottes“ zur Sittlichkeit gebracht werden sollen.

Eine zweite diesbezügliche Resolution sagt: „Da in öffentlichen Schaustellungen, besonders in Theateraufführungen, die katholischen Anschauungen über Glauben und Sittlichkeit gar oft verletzt werden, erachtet es auch die 45. Generalversammlung der katholischen Deutschländer wie bisher als eine Pflicht der katholischen Presse, das katholische Publikum in kluger Weise auf den Inhalt solcher Aufführungen aufmerksam zu machen, damit einestheils dieselben von den maßgebenden Personen abgelehrt bzw. abgelehnt werden, und andererseits der katholische Leser sich ein Urtheil bilden kann, ob er oder seine Familienangehörigen denselben beizubehalten können oder nicht.“

Es haben schon früher öfter darauf hingewiesen, was dabei herauskommen würde, wenn Presse, Litteratur und Theater ganz nach ultramontanem Geschmack zugeschnitten würden. Unsere Klassiker, voran Goethe, Schiller, Lessing würden vom Theater ein für allemal verbannt werden. Eine Verdünnung der Litteratur und des Theaters wäre der Effect des Triumphes des Ultramontanismus.

Ein weiterer Antrag empfiehlt die Beschränkung der Berichte über Gerichtsverhandlungen. Es wäre allerdings viel mehr für die Sache des Ultramontanismus, wenn gewisse Gerichtsverhandlungen, in denen Verbrechen und sonstige „Sprossen“ als Verbrecher erscheinen, nicht veröffentlicht werden dürfen.

Die Frauenwelt erfährt auch liebevolle Fürsorge in folgendem Antrag:

Die 45. Generalversammlung der katholischen Deutschländer besagt, daß der Kampf nach öffentlichen Verhandlungen und Publikaationen in der Frauenwelt zum größten Schaden der Familie weiter erstet hat. — Sie ersucht die katholischen Frauen und Männer, diesem immer weiter greifenden Uebel dringlich entgegenzuarbeiten und empfiehlt namentlich den Vereinen, welche die Sorge für die weibliche Jugend sich als Aufgabe gestellt haben, bei ihren Mitgliedern die Liebe zur Hauslichkeit zu erregen, und öffentliche Festlichkeiten gleich den Männervereinen nicht zu veranstalten.“

Kriegervereine und Socialdemokratie.

Aus Mecklenburg schreibt man der „Allg. Ztg.“: Bei der letzten Reichstagswahl waren auch viele socialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Auf die Aufforderung des Vorstandes des Kriegervereins in Neubrandenburg haben 10 Mitglieder des genannten Vereins sich offen zur Socialdemokratie bekannt und wurden ausgeschlossen. Weitere 15 Mitglieder haben eine ähnliche Erklärung nicht abgegeben. Auch sie sollen ausgeschlossen werden.

Die Gefahr eines Wollzoll.

Die Protestversammlung der deutschen Wollwarenfabrikanten gegen den Wollzoll, die seit längerer Zeit schon geplant war und am 30. d. Mts. stattfinden sollte, ist bis auf Weiteres verschoben worden. Die verschiedenen Mächte, welche in diese Vertagung durch persönliche Umstände herbeigeführt worden. In weiteren Kreisen der deutschen Wollindustrie ist man noch wie vor der Ueberzeugung, daß die Gefahr eines Wollzoll fortbesteht und daß es eines energischen Protestes aller Interessenten bedarf, um diesen Plänen entgegenzutreten.

Wollzoll. In den Reden über Proben mit einem neuen Gewehr kennen Reichs erörtert die „Allg. Ztg.“, daß sich die Kräfte als eine wesentlich verbesserte Construction des bisherigen Systems und Kalibers ergibt, deren einzige Einführung nicht auf dem Wege der Uebernahme, sondern auf dem der Entwicklung unabhängiger wachsender Gewehre älterer Construction vor sich gehen würde.

Wollzoll. Die Hilfe bei Nothständen. Nach der „Allg. Ztg.“ ist bei dem großen Unwetter in Oden nach aller Seite des Wollzollens und des Handels leiserer militärische Hilfe geleistet worden, obwohl sich Pionierabtheilungen drei Tage in ununterbrochener Ruhe jenseit Districte befanden. Die Regierung lehnte die künftigen Schritte mit der Begründung ab, daß die meisten Bestimmungen über militärische

auf die Schuler, so hat, daß sie sich niederlegen mußte. „Sch mach, Polyzinnehmer!“

Im Aufzuge des Selens traf er mit Alexandra Jakobsona zusammen.

„Aha, meine Königin, es bist Du ja! Heute sehe ich Dich nicht mehr, auch morgen nicht; — Geschäfte halten mich ab.“

„Auf Wiedersehen, Alex!“

„Schonst ich lange mit dem General hinter verschlossener Thür. Als er endlich aus dem Zimmer trat, sprachte sein Gesicht. Diesmal konnte auch er keine fremde Erregung nicht verbergen.“

Der General lächelte ebenfalls und bracht ihm wiederholt die Hand.

Die Dämonen lag auf die Generalstube zu.

„Aha, Alex, jetzt haben wir noch heute!“

„Aber Sie müssen bei uns zu Abend essen, Erlaubt,“ sagte Alexina lächelnd. „Ich habe Präsidentens aus Paris verschrieben, Gout, und Spengel aus Wien. Dann habe ich einen Entwürfen, wie Sie ihn am besten nicht bekommen!“

„Aber ich gönne Vergessen nicht ich Ihre Einladung annehmen, aber ich ste zu zu Abend. Entschuldigend.“

„Aber wo sind Sie, Gout? Wollst, Sie konnten doch auch ein wenig helfen.“

„Aber Gout kann nicht!“ wußte sich sehr gene die Bekannte in das Gesicht.

„Aber Gout muß zu Bett. Er wird morgen früh um 8 Uhr gerufen, und wenn er nicht schlief, hat er Kopfweh.“

„Dann, Du!“ sagte der Gout und bracht ihr die Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Stückcommandos bei öffentlichen Nothständen noch nicht in Kraft getreten seien.

Dagegen wurde einem Bürger Stadbachs durch persönliche Beziehungen zum 65. Infanterie-Regiment 30 Infanteristen zur Rettung seines — Paris zur Verfügung gestellt!!!

Den Soldaten der Wiesbadener Garnison wurde laut Befehl der Besatzung der Kettengesellschaft Kronenbräu gebrühen und zu den größten und bestbesuchten Gartenlocalen der Stadt zählenden Restauration Kronenburg verboten aus Anlaß des Festens dort abgehaltenen Sommerfestes der Gewerkschaften von Wiesbaden und Umgegend.

Die neuen Torpedoboote für die deutsche Flotte sind bei der Firma Schichau in Elbing in Auftrag gegeben. Der erste nach dem Flottengesetz zu erbauende kleine Kreuzer ist der Krupp'schen Germanawerft übertragen worden.

Aus Altsenstein, Oßpr., wird gemeldet: Es sind zwei neue Unfälle bei den Cavallerieübungen auf dem Deutener Exercierplatz vorgekommen. Während erst in voriger Woche ein Dragoner vom Regiment König Albert durch einen Lanzenstoß getödtet wurde, hat sich jetzt ein Unteroffizier von den 12. Ulanen beim Stoßen mit der Lanze so verletzt, daß er kurz darauf verstarb. Ferner wurde der Wachmeister Gusk vom 16. Feld-Artillerie-Regiment vom Hertschlage getroffen und fiel tödtlich vom Pferde.

Ein Soldatenselbstmord wird aus Noworaglaw gemeldet: Ein Soldat der 11. Compagnie 140. Infanterie-Regiments hatte sich nach Beendigung der Schießübung in Montow vererzt, und als Abends ein Zug eintraf, warf er sich auf die Schienen. Die Maschine glug dem Soldaten über Brust und Kopf hinweg, dieselben völlig zermalmend. Angst vor Strafe soll der Grund des Selbstmordes sein.

Eine Havarie zwischen dem deutschen Kriegsschiff „Pfeil“ und dem holländischen Schooner „Veentje“ hat in der Nacht zum 23. August in der Laderucht stattgefunden. Der Schooner mußte im Schlepptau nach Kiel gebracht werden. Ferner ist in Folge Collision mit dem „Grell“ das Torpedoboot S 71 am Heck beschädigt worden.

Die Staatsrettung in Schleswig-Holstein wird jetzt mit einem ganz unheimlichen Eifer betrieben. (Köller ist Oberpräsident!) Zehn Personen sind jetzt wieder, weil lästig gefallen, ausgewiesen: fünf Dänen, drei Amerikaner (Mormonen), ein Russe und ein Schwede. Wenn's aber jetzt nicht hilft, hilft nichts.

Saatenstand im Reich. Der „Reichsan.“ veröffentlicht den Saatenstand im Deutschen Reich am 1. August: Winterweizen 2,1, Sommerweizen 2,5, Winterroggen 1,9, Sommerroggen 1,8, Wintergerste 2,2, Sommergerste 2,4, Hafer 2,4, Kartoffeln 2,6, Rlee, auch Luzerne 2,3, Wicken 2,4. Während in Süddeutschland warmes, trockenes Wetter herrscht im übrigen Deutschland kühles und nasses Wetter bis Ende Juli. Daher ist die Getreibeernte im Süden am weitesten vorgekommen, nächst dem am weitesten in den ostpreussischen Gegenden. Seit Anfang August ist vorherrschend trockne und sonnige Witterung, welche den Feldfrüchten sehr zu Statten kommt. In einzelnen Gegenden litten die Saaten durch Hagelschlag und Gewitter.

Ausland.

Die spanisch-amerikanischen Angelegenheiten.

Bezüglich der Philippinen will man sich in Spanien noch immer nicht mit der Thatsache abfinden, daß auch hier die spanische Colonialherrlichkeit zu Ende ist. Die Nachricht, daß Amerika die wichtigste und größte der Inseln, Luzon, mit der Stadt Manila behalten will, klingt nur zu glaublich, so daß man auch in Madrid sich an den Gedanken gewöhnen sollte, daß der spanische Besitz an den Philippinen in Zukunft nur ein lästlicher Rest sein wird, während Amerika das Beste für sich annectirt. Gleichwohl halten spanische Regierungskreise noch an der Einbildung fest, daß die Philippinen spanischer Besitz sein und bleiben würden. Man klammert sich an den Passus des Protokolls des Vertrages über die Capitulation fest, aus dem allerdings hervorgeht, daß Commandant Jaundenes nur die Stadt Manila und die nächste Umgebung den Amerikanern ausgeliefert hat. Die letzteren werden aber danach wenig fragen, denn ihrer ist jetzt die eigentliche Herrschaft auf den Philippinen.

Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte, da Jaundenes in Manila kriegsgefangen ist, sei General Rios General-Gouverneur der Philippinen. Biel zu regieren hat dieser „Gouverneur“ aber nicht mehr. Nach dem spanischen Ministerialrat am Dienstag erklärte der Marineminister Amon, die Regierung habe noch keine amtliche Depesche betreffend die Uebergabe Manilas erhalten. Inzwischen ist aber schon seit einigen Tagen der Wortlaut der Capitulationsurkunde bekannt und diese Erklärung des Ministers erscheint um so sonderbarer, als das Kabel nach Manila wieder funktioniert.

Nach Meldungen aus Manila ist am 16. ds. der Waffenstillstand bekannt geworden. Die Amerikaner haben die Insurgenten aufgefordert, sich nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückzuziehen; zugleich der Stellung der Insurgenten und der Stadt sollte eine neutrale Zone sein. Die Insurgenten haben die Vorstädte im Osten und Norden besetzt.

Wie das „New-Yorker Journal“ aus Manila berichtet, befehlt Aguinaldo den Aufständischen, die Waffen niederzulegen. General Merritt übernimmt die Geschäfte des Gouverneurs.

Daß die Amerikaner die Insel Luzon behalten wollen, geht auch aus einer Meldung des „New-York Herald“ aus Washington hervor, wonach Mac Arthy die Friedenscommission dahin instruirte, „wenigstens“ die Insel Luzon für die Vereinigten Staaten zu fordern.

Die cubanischen Aufständischen setzen in der That, wie mehrfach berichtet wird, ihre Angriffe gegen die spanischen Truppen fort. Schon neulich wurde von einem Insurgentenbesatzung berichtet, wobei die Spanier Sieger geblieben sein wollten. Jetzt soll nach einer Meldung der Londoner „Morningpost“ aus Washington Generalgouverneur Blanco in Folge der unangenehmen Angriffe der cubanischen Rebellen auf spanische Truppen aus Madrid die Besetzung empfangen haben, die Feindseligkeiten gegen die Insurgenten wieder zu eröffnen.

Die Schuld an der Verhängung der spanischen Flotte bei Santiago wird nun dem General Blanco zugeschoben. Die spanische Regierung erklärt, sie habe von einem Befehl an Admiral Cervera, mit seinem Geschwader Santiago de Cuba zu verlassen, nichts gewußt. Der Befehl sei vielmehr vom Generalgouverneur von Cuba gegeben worden.

Mit der Erwerbung von Porto Rico für die Vereinigten Staaten wächst die Zahl dieser Staaten von 45 auf 46, dazu kommt Hawaii als 47. Staat. Dies bringt eine Erhöhung der Zahl der Senatoren von 90 auf 94 mit sich, die Vermehrung der Mitglieder des Repräsentantenhauses fällt weniger ins Gewicht, Porto Rico würde mit seinen 806,000 Einwohnern unter den Staaten einen mittleren Rang einnehmen und befristete Verbindungen mit den Insurgenten noch unterhalten. Das Verhältnis von 56,4 Prozent Weizen, 32,8 Prozent Rüben und 10,8 Prozent Roggen ist weit besser als das einiger Staaten, wie Südcarolina und Alabama, wo die Mehrheit aus Roggen besteht. Als „paradiesischer Staat“ wird freilich Porto Rico eine Rolle in den Vereinigten Staaten spielen. Daß so schnell wie in Kalifornien und Texas die spanische Sprache und das katholische Bekenntnis vor dem englisch-protestantischen Elementen weichen werden, ist, wie die „Allg. Ztg.“ hervorhebt, nicht anzunehmen, dagegen darf man nicht bezweifeln, daß in Nordamerika weiter der Bund noch der Welt-Lösung in kirchlichen Angelegenheiten irgendwie mitzutheilen hat. Dort ist die Religion Privatangelegenheit, so daß man kirchenpolitische Inkonsequenzen nicht gleich zu erwarten braucht.

Die Zahl der Kranken des amerikanischen Heeres

betragt, wie aus Portorico gemeldet wird, etwa 1000; davon werden die meisten am Typhus erkrankt. Der Gesundheitsrath fordert die sofortige Einschiffung der Kranken nach den Vereinigten Staaten.

General Nios, Gouverneur der Bisayas-Inseln, berichtet von neuen blutigen Kämpfen mit den Insurgenten, von denen 500 getödtet oder verwundet worden seien. Die Verluste der Spanier seien gering. General Nios habe aus Eingeborenen und Spaniern sechs Bataillone gebildet, die einen Einsatz der Aufständischen von Luzon her verhindern sollen. Auch sei ein kleines Geschwader gebildet zur Ueberwachung der Küsten und Flussmündungen.

Die Königinregentin unterzeichnete ein Decret, durch welches die Cortes zum 5. September einberufen werden.

Der russisch-englische Conflict.

In der chinesischen Frage scheint es nunmehr ausgemachte Sache zu sein, daß in Verhandlungen zwischen England und Rußland eine Verständigung gesucht werden soll. Der neue englische Botschafter Sir E. Scott ist bereits in Petersburg eingetroffen, Herr von Staal ist auf der Reise nach London, und man nimmt an, daß die Rückkehr der beiderseitigen Vertreter mitten in der diplomatischen Ferienzeit den baldigen Beginn der Unterhandlungen bedeute. Der neuernannte großbritannische Botschafter am Petersburger Hofe, Sir Charles Stewart Scott, wurde am Montag vom Kaiser Nicolaus in Peterhof in feierlicher Audienz empfangen und überreichlich sein Beglaubigungsschreiben.

Nach einer Kopenhagener Drathung der „Daily Mail“, die der „Voss. Ztg.“ aus London zugeht, ist die Sendung des neuen Botschafters Sir Charles Scott nach Petersburg in den russischen Angelegenheiten vollständig gewesen. Während Rußland in den Eisenbahngesetzen seinen Willen durchsetzen werde, gebietet es England Zugeständnisse in anderen Richtungen zu machen.

Der galizische Ausnahmezustand

ist bereits in den Zustand des trügen Beharrens gerathen. Es wäre müßig, noch einmal zu wiederholen, wie dieser Ausnahmezustand von vornherein in den Verhältnissen keine Begründung hatte, wie er nur den polnischen Schloßherrschaften dazu dient, ihre politischen Gegner zu verfolgen, und daß seit Monaten auch nicht die geringste Aufhebung aus Galizien gemeldet wurde. Es wäre schon deshalb überflüssig, weil kein Mensch in Oesterreich wagt, diese Thatsachen zu leugnen, weil die offizielle Presse die zum heutigen Tage noch kein Wort zur Vertheidigung des Ausnahmezustandes verloren hat. Gibt es denn einen besseren Beweis für die Unbegreiflichkeit des galizischen Ausnahmezustandes als die Versammlung von galizischen Liberalen und Mitgliedern der Volkspartei, die vor einigen Tagen in Lemberg tagungslos war? Diese Versammlung hat in einer Resolution erklärt, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes in einer Menge von Bezirken, wo von Unruhen keine Spur war, durch nichts zu rechtfertigen sei; daß er nicht gegen die Urheber der Unruhen, sondern gegen ihre notorischen Gegner, gegen die Opposition zu Gunsten einer einzigen Partei angewendet werde. Auf derselben Versammlung wurde von Augenzeugen festgestellt, daß auch die Unruhen, die dem Vorwand zu der Erlassung der Ausnahmezustandsgesetze gedient haben, mit Ausnahme von zwei Orten, nichts als belanglose Excesse waren. Weil also in zwei galizischen Bezirken, wo die zuständigen Behörden vorhandene Maßregeln nicht rechtzeitig getroffen haben, Bauernkrawalle vorgefallen sind, die durch energisches Eingreifen in einem Tage zu beruhigen waren und auch thatsächlich sofort unterdrückt worden sind, wurden nahezu drei Millionen Staatsbürger ihre politischen Rechte genommen, die von vornherein unbegrenzten Ausnahmezustandsgesetzen monatlich aufrecht erhalten, die Blätter und die Organisationen der Arbeiterkassen vernichtet, unzählige Abhörungen, polizeiliche Ueberwachung verhängt.

Nicht genug damit! Jetzt sind, um die brutale rechtlose Gewalt auf die Spitze zu treiben, durch Anordnung des Gesamtministeriums im Ausnahmezustandgebiete auch noch die Gewohnheitsgerichte suspendirt worden! Warum, wer könnte es sagen? Das Gesetz bestimmt, die Wirkksamkeit der Gewohnheitsgerichte könne eingestellt werden, wenn Thatsachen hervorgetreten sind, die dies zur Sicherung einer unparteiischen und unabhängigen Rechtsprechung als notwendig erscheinen lassen. Thatsachen, sagt das Gesetz, es genügen also nicht Vermuthungen, daß etwa manche der Angeklagten, die die Staatsanwälte zu verfolgen für gut befinden, freigesprochen werden könnten. Ein Thatsache ist aber in jenen Bezirken vorläufig gar nichts festbar geworden. Die Regierung hat die Maßregel nur auf gemeine Verbrechen beschränkt, offenbar weil dort politische Defecte gar nicht vorhanden sind. Aber das ist keine kein Grund, diesen neuen Streich gegen die Grundrechte der staatsbürgerlichen Rechte milder zu beurtheilen; Jeder man hat das Recht, dem Richter unterstellt zu werden, den das Gesetz hierfür bestimmt. Aber vielleicht ist die That der Regierung psychologisch besser zu verstehen, als wenn man nach ihren sachlichen Gründen fragt. Alles hat die Regierung thun schon gemacht: Nothverordnungen, die die Verfassung aus dem Angeln heben, Suspendirung der staatsbürgerlichen Freiheiten, Standrecht... nur das Eine noch nicht: Suspendirung der Gewohnheitsgerichte. Die Regierung wünschte vielleicht, die Sammlung von Recht zu haben, und so hat sie nun das ganze Arsenal ihrer Verwaltungsgewalt erschöpft. Die Verordnungen muß bei den Häusern des Reichsrathes vorgelegt werden und muß sofort aufgehoben werden, sobald eines der Häuser es verlangt. Aber vorläufig ist der Reichsrath nicht zusammen und die Regierung hat keine Eile, ihn zu berufen.

Serbien. In Folge der von der Regierung in letzter Zeit vorgenommenen zahlreichen Personalveränderungen unter den Bezirks- und Kreisvorständen, sowie unter den Beamten aller übrigen Kategorien ist nunmehr die Beamtenerschaft Serbiens von allen rabikalen Elementen vollständig gesäubert.

Da die rabikale Partei die einzige ist, die in der bäuerlichen Bevölkerung fußt, wird diese „Säuberung“ des Beamtenkörpers vielleicht gerade die entgegengesetzte Wirkung zeitigen, die der lebende Milan sich erhofft.

Italien. Der Minister der öffentlichen Arbeiten berief die Directoren der Mittelmeerbahn und der Meridionalbahn nach Rom, um bezüglich der Qualität der von den Eisenbahnen benutzten Kohlen zu verhandeln. Der Minister ordnete die Entnahme von 150 Kilogramm Kohlen aus jedem Kohlendepot der Mittelmeerbahn, Meridionalbahn und Sicilia an, behufs ihrer Untersuchung. Der Minister soll erklärt haben, daß alle unzulänglichen Kohlen confiscirt werden sollen.

Nun das Rind in den Brunnen gefallen ist, nun brave Eisenbahner erklärt sind, weil die Verwaltung an den Kohlenpartei, kommt es glücklich zu „Erhebungen“! Was wird aber herauspringen?

Frankreich. Bevölkerungsbewegung. Nach einer Statistik des französischen Ministeriums des Innern kamen im Jahresdurchschnitt des Jahrzehnts 1888/96 auf je 1000 heirathsfähige Personen in Frankreich 45 Ehen, in Holland 49, in Italien 50, in Oesterreich 51, in England

und in Dänemark je 52 und in Deutschland 53. Betreffs der Zahl der Eheschließungen, so steht auch betreffs der Geburtenziffer Frankreich den übrigen europäischen Culturländern nach. Es kamen in dem angegebenen Zeitraum auf je 1000 verheirathete Frauen im Alter von 15-50 Jahren in Frankreich nur 163 Geburten, in der Schweiz aber 236, in Schweden und in Irland je 240, in England und in Oesterreich je 250, in Italien 251, in Belgien 261, in Schottland 269 und in Deutschland 270.

Dagegen weist Frankreich die schwächste Sterblichkeitsziffer auf, nämlich 22,50 Procent gegen 22,60 Procent in Schweden, 22,90 Procent in Deutschland, 28 Procent in Italien, 35 Procent in Rußland etc. Während die Zahl der Eheschließungen in Frankreich nicht bloß niedrig ist, sondern auch stetig zurückgeht, steigt die Zahl der Ehescheidungen rasch. Den 2950 Ehescheidungen im Jahre 1886 stehen 1896 nicht weniger als 7051 Ehescheidungen gegenüber; für das Jahr 1897, für das noch keine diesbezügliche abgeschlossene Statistik vorliegt, schätzt man ihre Zahl auf mehr als 9000.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen. In einer am 28. August im Feinvalle abgehaltenen Versammlung der Socialdemokratie Berlins wurde nach einem Referat Ledebours beschlossen, von einer Theilnahme an den Landtagswahlen Abstand zu nehmen.

Die von Ledebour eingebrachte und angenommene Resolution lautet: „In Erwägung, daß die Socialdemokratie bei den Wahlen zum preussischen Landtage Wahlerfolge aus eigener Kraft nicht erzielen kann, und deshalb unser Eintreten nur auf eine directe oder indirecte Unterstützung bürgerlicher Parteien hinauskommen kann, in fernere Erwägung, daß der trotzdem gefasste Beschluß des Parteitages, den Genossen die Theilnahme zu empfehlen, von der Voraussetzung ausging, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien den Willen und die Fähigkeit zur energischen Bekämpfung der Reaction zeigen würden, in Erwägung endlich, daß in der Zwischenzeit die bürgerlichen Oppositionsparteien die auf sie gesetzten Hoffnungen enttäuscht, indem sie die Reaction gefördert, nicht sie grundtätig bekämpft haben, beschließt die Socialdemokratie Berlins, von der Theilnahme an den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen Abstand zu nehmen und zur Niederzwingung der Reaction sich nach wie vor ausschließlich auf die eigene Kraft zu verlassen.“

In der Discussion erklärten sich Leo Arons und Wolff keine für eine von Genossen Fritz eingebrachte Resolution, wonach die Parteigenossen Berlins erklären, „von einer Theilnahme an der Landtagswahl für diesmal abzusehen. Die Anwesenden verpflichten sich jedoch, die auswärtigen Genossen, soweit dieselben gegen die Vertreter der reactionären jüdischen Gesellschafte aufzutreten, nach besten Kräften zu unterstützen.“

Heine führte aus: „In Berlin hätte die Theilnahme keinen Zweck, weil die Sitze der Freisinnigen ohnehin sicher sind. Unter anderen Umständen, wo die Parteigenossen ausbleiben könnten, sollen sie sich aber gemäß dem hiesigen Beschluß betheiligen.“

Die Gründung eines selbstständigen Parteiverbands. Auf der Parteiconferenz des Preussischen Kreisvereins in Kirchheim-Solanden hat man sogar die Gründung eines eigenen Kreisverbandes für den Fall beschlossen, daß der preussische Parteitag die Errichtung einer Drucker ablehnen sollte.

Die Parteiverammlung in Alenburg beschloß, dem künftigen Parteitag die tägliche Herausgabe des „Wählers“ vom 1. October ab, 35. an, sowie die Umänderung des Titels in „Alenburger Volkszeitung“ zu empfehlen. Das Abonnement soll auf 70 Pf. monatlich erhöht werden, wozu noch 10 Pf. für die „Neue Welt“ kommen. Als Redacteur wurde Genosse Städeln in Hof vorgeschlagen.

Die Socialdemokratische Sittens beschloß energische Theilnahme an den Stadtratswahlen. Zunächst ist eine Commission eingesetzt worden, die die Wählerlisten einsehen und die erforderlichen Reclamationen voranlassen soll.

Die Genossen von Tempelhof-Mariendorf beschäftigten sich in längerer Discussion am 21. d. Mts. in einer Volksversammlung mit der Stellungnahme zu den Landtagswahlen. Folgende Resolution fand gegen fünf Stimmen Annahme:

„Die heute bei Leuzschtein in Mariensfelde tagende Versammlung erklärt sich nach längerer Discussion für die Theilnahme an den Landtagswahlen und zwar auf Grundlage des hiesigen Parteitags-Beschlusses. Sie erblickt in der Theilnahme hauptsächlich einen agitatorischen Werth für unsere Partei und den die Reaction in erster Linie zu schwächen.“

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde vor dem Landgericht in Waagen gegen den noch unbestraften, am 1. November 1860 geborenen Steinweg Johann August Wittichin aus Rübisch wegen Majestätsbeleidigung, die er sich am 23. Juni d. J. in der hiesigen Schankwirtschaft in Cosful hatte zu Schulden kommen lassen, verhandelt. Das Urtheil lautete auf ein Jahr vier Monate Gefängnis. (!)

Ein eigenthümliche Majestätsbeleidigungs-Affäre kam vor der Hagener Strafkammer zur Verhandlung. Der Fabrikarbeiter E. Brunwald aus Alenwürde kam im Februar d. J. in die Wirthschaft von Richard Haarmann zu Alenwürde. Aus einem Gespräch über Socialdemokratie und Wahlen, wobei Haarmann erklärt, seinen Saal zu socialdemokratischen Versammlungen nicht herzugeben, entwickelte sich ein allgemeines politisches Gespräch, bei welchem E. eine auf die Kaiser Reden bezügliche Aeußerung macht, die man auf den Kaiser beziehen konnte. Darauf geht der Wirth hin und denuncirt den jungen Mann wegen Majestätsbeleidigung. Indes muß diese von vornherein mindestens sehr zweifelhaft gewesen sein; denn der Amtsrichter in Haspe verfügte nach der Vernehmung des E. dessen Entlassung. Die Strafkammer in Hagen findet in dem Befragten keine Beleidigung und spricht den Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft in Hagen legt Revision ein und das Reichsgericht giebt die Sache zur nochmaligen Verhandlung nach Hagen. Darauf wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Denunciant Wirth Richard Haarmann in Alenwürde bei Hagen frugte übrigens schon einmal als Zeuge in einer Majestätsbeleidigungs-Klage, damals wurde der Angeklagte freigesprochen.

Aus aller Welt.

Ueber eine Todtschandaaffaire wurden am Dienstag im Oden Berlin die widersprechenden Nachrichten verbreitet. Der Thatsache ist folgender: Ein in der Gewerbeausstellung beschäftigt gewesener, etwa 40 Jahre alter Neger, der unter den Namen Sam und Bob bekannt ist und jetzt als Sockträger in einem Geschäft in der Kühlenstraße sein Fortkommen findet, hat wie man

sich im „Socialistischen Viertel“ offen erzählt, gewissen Frauen angeboten, die rein vernarrt in den kassirten und afrikaner sind. Auch hatte der schwarze Don Juan „angehandelt“. Als E. am Montag Abend um 9 Uhr nach Hause kam, fand er die Wohnung verlassenen. Eine halbe Stunde später erschienen seine Frau und der Neger, denen er wegen ihrer Liebesleiden Vorwürfe machte. Darüber aufgebracht, griffen die Weiden zu Messer und Beil und bearbeiteten damit den erzürnten Gemann in ausgiebiger Weise. Auf dessen Geschrei stürzten die Nachbarn herbei, fanden jedoch erst mit Hilfe eines Schlossers Einlaß in die Wohnung, wo sie von dem kampfbereiten Schwarzem mit den Worten empfangen wurden: „Kommt einer heran, stehe ich zu!“ Erblickt wurde die ganze Gesellschaft durch herbeigeholte Schutzleute zur Wache gebracht. Doch war hier, mit die Sache noch nicht zu Ende. Nach Aufnahme des Protokolls wurde zuerst der Neger und dann der verprügelte Gemann entlassen. Bald darauf trafen beide an der Ecke der Gubry- und Wangelstraße zusammen. Es entwickelte sich hier unter der Theilnahme einer dichtgedrängten Menge ein Wortgefecht und schließlich eine gewaltige Prügelei. Der mit einem Schlagring bewaffnete Neger bedrohte jeden, der sich ihm nahte, mit Todtschlag. Ein in der Breslaustraße wohnender Handwerker erhielt schließlich einen Sieb, daß er auf das Pflaster stürzte und sich eine schwere Kopfverletzung (Schädelbruch) zuzog. Bewußtlos wurde er nach der Unfallstation am Görtzler Bahnhof gebracht. Der Neger benutzte die entstandene Aufregung, um durch ein nahe gelegenes Kellerlocal zu entweichen. Wie in der Gegend erzählt wird, soll durch die Thatsachen des Negers das Bild zahlreicher Familien getrübt worden sein.

Schuldig mit etwa 4000 Mark ist nach der „Volksztg.“ seit Montag der Vorsteher des Freien Arbeiter-Rabatt-Spar-Vereins und der Agitator der Bewegung gegen die Rabatt-Spar-Vereine, der Milchhändler Hugo Rink zu Witzdorf.

Die plötzliche Amtsniederlegung des Pastors Ebert von der St. Jacobskirche bildet zur Zeit das Stadgespräch in Udenwalde. Ebert, der erst einige Jahre am Orte ist, soll zu seiner Noth in Abwesenheit seiner Ehefrau in Beziehungen getreten sein, so daß diese plätzlich den Dienst verließ und Anzeige erstattete. Pastor Ebert ist nach seiner Amtsniederlegung aus Udenwalde verschwunden und soll sich in Charlottenburg in einer Pensionat befinden. Vorher hat jedoch keine protocolarische Vernehmung stattgefunden.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 25. August 1898.

Eine Parteiverammlung

zum Andenken an unseren großen Vorkämpfer Ferdinand Lassalle, dessen Todestag am 31. d. Mts. wiederkehrt, findet am nächsten Sonntag, den 28. August, Nachmittags 4 Uhr, im Locale des Herrn Kostrowsky, Köhlerstraße 75, statt. Genosse Julius Bruhns wird in einem Vortrage das Leben und Wirken unseres großen Todten würdigen. Die Genossen und Genossinnen bürften es an einem zahlreichen Besuch dieser Versammlung nicht fehlen lassen.

* Die Delegirten des Gewerkschaftsverbandes werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Freitag Abend in der Kaiser-Brauerei, Herrenstraße 19, eine Mitglieder-Versammlung des Gewerkschaftsverbandes stattfindet, welche sich mit dem neuen Handwerker-Gesetz beschäftigt wird. Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Beruf durch seine Delegirten vertreten ist.

* **Sichensalwälder und Socialdemokratie.** Gegenwärtig tagt in unsern Mauern die Versammlung deutscher Fortkämpfer. In der gestern stattgefundenen Zusammenkunft wies nach der „Schief. Volksztg.“ der Regierungs- und Fortkämpfer v. Spiegel u. A. darauf hin, daß der sichensalwälder auch socialpolitischen Gründen erhalten werden müsse. Im Sieger Lande — so heißt es in dem Referat weiter — habe sich durch die Arbeit im Hauberge ein fleißiges, gesundes und schaftes Volk erhalten, welches von den Ideen der Socialdemokratie nicht angetanzt sei. Bei der letzten Wahl seien von über 21,000 im Sieger Lande abgegebenen Stimmen nur über 300 auf den socialdemokratischen Zahlencandidaten gefallen. — Das ist ein sehr schmerzlicher Fingerzeig für den die Vorkämpfer der Socialdemokratie Herrn v. Spiegel zu großem Dank verpflichtet sind.

* **Vom Gewerbegericht.** Man schreibt uns aus Deuthen: Kürzlich wurde der ehemalige Fuddler Johann Misera aus Schwientochlowitz vor das hiesige Gewerbegericht geladen; er hatte gegen die Verwaltung der gräflich Guido Hensel v. Donnersmarck'sche Bethlen-Falva-Pfütte geklagt. Den Ausgang der Deifiger hatte sich der Vorsitzende des Gewerbegerichts erpart. Außer Misera war als Vertreter der Gegnerpartei ein Sitteninspector anwesend; das Gewerbegericht repräsentirte allein der Vertreter des kurlaubten Landrathes mit einem Schreiber. Dieses „Gewerbegericht“ fällt auch ein Urtheil. Misera wurde kostenpflichtig abgewiesen. Bei dieser Gelegenheit hören wir, daß auch in früheren Jahren, vielleicht also immer oder doch wenigstens recht oft das Deuthener Gewerbegericht in der angegebenen Weise arbeitete. 1894 wurde der Richter Tustler von hier auch vor das Gewerbegericht geladen, fand aber dort nur den Würgermeister als Vorsitzenden, keine Spur von einem Beifiger. Er war glücklicher Weise gewandter als Misera und ließ sich vor einem solchen Gewerbegericht auf keinerlei Verhandlungen ein. Es wurde ein neuer Termin angefest, zu dem auch die Beifiger geladen wurden und in dem Tustler ein obliegendes Urtheil erlangte.

Hierzu müssen wir bemerken, daß § 54 des Gewerbegerichts-Gesetzes dem Vorsitzenden gestattet, im ersten Termin ohne Zuziehung der Beifiger mit den Parteien zu verhandeln. Auch kann derselbe ein Urtheil erlassen, wenn beide Parteien es beantragen. Erfolgt von einer derselben Widerspruch, so muß ein neuer Termin anberaumt werden, in welchem die Beifiger zuzuziehen sind. Das Gewerbegericht in Breslau hat bisher von den Befugnissen des § 54 keinen Gebrauch gemacht.

Den der überwiegenden Mehrzahl der obd. schl. Arbeiter darf man wohl nicht erwarten, daß sie mit den gesetzlichen Bestimmungen hinreichend vertraut sind, um ihre Interessen in allen Fällen energisch wahren zu können.

Deutsche Mädchen, laßt Euch nicht verlocken! In Südwestafrika besteht auch eine Frauenfrage, aber in anderer Art als in der civilisirten Welt. Es fehlt dort nämlich an Frauen, was von den Ausbeutern und Beamten sehr unangenehm empfunden wird. Da möchte man denn gern deutsche Mädchen verlocken, nach jenen Sandwüsten zu ziehen, um dem tiefgefühlten Bedürfnis „abzuhelfen“. Zu dem Zwecke macht gegenwärtig folgender Taschjett die Runde durch die Presse:

Wie wir hören, nehmen die Beifiger der deutschen Colonialgesellschaft die Ueberführung deutscher Frauen nach

